

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M., Reklame-Kolonelle 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die preussische Regierungskrise. Aus der Vorgeschichte des Rücktritts.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Vorgänge, die zum Sturz des Ministeriums Stegerwald führten, erfahren die P. V. N.: Akt sei die Krise geworden nicht in erster Linie durch den Gegensatz der Sozialdemokratie und Stegerwald, sondern weil in der Frage der Kabinettsbildung keine Einigkeit zwischen Stegerwald und den Demokraten zustande kommen konnte. Die Demokraten hätten sich damit abgefunden, daß sie das Innenministerium wieder an Severing abtreten mußten, aber sie bestanden darauf, Dominicus auch im neuen Kabinett zu haben, womöglich als Kultusminister. Diesen Schritt wollte Stegerwald nicht mitmachen und darüber sei es zu dem Beschluß der demokratischen Fraktion gekommen.

Im Zentrum scheint man etwas verstimmt zu sein. Die Fraktion ist durch die Gesamtdemission des Kabinetts zweifellos übertrastet worden. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Zentrumsfraktion heute beschließen wird, an ihrer bisherigen Stellungnahme in der Koalitionsfrage festzuhalten, d. h. nur eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei mitzumachen. Im gegenwärtigen Augenblick der Spannung zwischen der Volkspartei und der Sozialdemokratie hat jedoch eine solche Koalition nur geringe Aussicht auf Verwirklichung.

Die Demokraten wenden sich gegen die Behauptung, daß sie aus persönlichen Gründen das Kabinett Stegerwald gestürzt hätten. Von parlamentarischer Seite wird dem Berliner Tagblatt geschrieben: „Die Verbreiterung der Regierung war eine gebieterische Forderung angesichts der veränderten Sachlage im Reich und der Schwierigkeiten des kommenden Winters. Ministerpräsident Stegerwald wollte die Entwicklung nach einem von ihm eigenmächtig vertretenen persönlichen Plan bestimmen, aber leider unterschätzte er es dabei, vorher sich persönlich mit den meistbeteiligten Ministern einmal vertraulich und rücksichtslos auszusprechen. Er versuchte immer nur auf dem Umwege eines sozialdemokratischen Druckes auf die Demokraten einzuwirken. Der Mangel an Offenheit und Vertrauen bei Herrn Stegerwald hat gewiß vielfach verstimmt, ausschlaggebend ist er jedoch für die demokratischen Entschlüsse in keiner Weise gewesen.“

### Noch keine Lösung.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die preussische Regierungskrise ist noch ungeklärt. Es haben gestern noch keine Besprechungen der Parteien untereinander stattgefunden. Heute vormittag wird die sozialdemokratische Fraktion und das Zentrum zu Beratungen zusammentreten.

### Bedenken der Demokraten.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der demokratischen Partei scheint man doch nicht allgemein mit der starken Anlehnung an die Deutsche Volkspartei zufrieden zu sein. Auf dem Berliner Parteitag wurden verschiedene Einwände gegen die von der demokratischen Reichstagsfraktion befolgte Politik gemacht insbesondere wurde hervorgehoben, daß die Partei zu viel taktische und zu wenig grundsätzliche Politik getrieben habe und daß sie den Gedanken von der Notwendigkeit der breiten Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei in einer Weise zum Ausdruck gebracht und befolgt habe, die die Selbstständigkeit der Partei gegenüber der Deutschen Volkspartei gefährde.

### Der Kampf im Berliner Gastwirtsgerwerbe.

Ein Ultimatum der Berliner Gewerkschaftskommission.  
Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung beschäftigte sich mit der Bewegung im Gastwirtsgerwerbe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 2. November 1921 tagende Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission billigt die Maßnahmen, die der Ausschuss und die Vorstandskonferenz im Interesse der Gastwirtsangehörigen getroffen haben. Nach dem Bericht, der heute über die Verhandlungen mit den Berliner Gastwirten und dem Reichsarbeitsministerium gegeben worden ist, ist zu hoffen, daß der Konflikt in drei Tagen beigelegt wird. Sollte diese Hoffnung wieder zuschanden werden, ist die Plenarversammlung entschlossen, auch das äußerste gewerkschaftliche Mittel, den Generalstreik zur Anwendung zu bringen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung wird ermächtigt, falls nicht innerhalb von drei Tagen eine Verständigung erzielt ist, sofort die erforderlichen Schritte zur Durchführung des Generalstreiks zu tun.“

### Die Kriegspolitik der S.P.D.

München, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Rechtssozialisten während des Krieges jede revolutionäre Erhebung der Arbeiter scharf sabotiert haben und ein abgekartetes Spiel mit den Regierungen betrieben, zeigt ein Artikel im Bayerischen Kurier, der die Bemühungen der bayerischen Regierung, die sie während des Krieges unternahm, um eine revolutionäre Erhebung zu verhindern, schildert. Es heißt in diesem Artikel wörtlich:

„Namentlich bestanden enge Beziehungen (der bayerischen Regierung) zu dem Abg. Auer (S.P.D.), der in allen Zweifelsfällen um Rat gefragt wurde und sich auch freiwillig zur Verfügung stellte, wie z. B. am 14. Juni 1918, wo er auf einen alarmierenden Bericht des Magistrats Nürnberg hin erklärte, er reise noch heute nach Nürnberg, um einerseits die Arbeiterschaft in Ordnung zu bringen, andererseits etwaigen Mißständen soweit als möglich abzuwehren. Da seine Partei in Nürnberg leider keinen Mann von durchdringendem Einfluß besitze, reise er selbst dorthin, aber es dürfe kein amtlicher Auftrag nach Nürnberg an den Magistrat oder andre Behörden ergehen, da dies seine Vermittlung nur zum Scheitern bringen und schädlich wirken würde. Denn es würde unter der Arbeiterschaft sofort die Meinung Platz greifen, daß es sich um eine zwischen der Regierung und ihm abgekartete Sache handle.“

## Arbeiter und Arbeiterinnen Männer und Frauen des schaffenden Volkes!

Die Konferenz der sächsischen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am 29. und 30. Oktober in Leipzig tagte, hat beschlossen, den

### 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern.

Gewerkschaftskollegen und Kolleginnen! An euch liegt es, diesen Beschluß wirksam durchzuführen. Der 9. November ist der Tag des Sturzes eines Systems planmäßiger und rücksichtsloser Unterdrückung. Er ist deshalb der Ausgangspunkt einer freiheitlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Noch sind viele berechtigteste Forderungen unerfüllt. Die Feinde der Republik, die Feinde des Fortschritts sind zahlreich und hart. Gewaltig sind ihre Anstrengungen, die emporstrebenden Kräfte niederzuschlagen. Der politische Mord ist zu ihren Kampfmitteln geworden.

Anstatt Ausbau und Fortschritt der sozialen Einrichtungen und Gesetze, verfaulende Versuche, die schaffenden Stände unseres Volkes in das alte Joch zurückzuführen. Der Achtstundentag, diese alte Kulturforderung der Arbeiterschaft, dies Wahrzeichen eines sozialen Staates, soll im Interesse der Ausbeuter zerbrochen werden.

Gegen diese Bestrebungen gilt es, am 9. November, dem Gedenktag der Revolution, die Stimme zu erheben. Der 9. November ist der Tag des Fortschritts und soll es bleiben. Die würdigste Form seiner Feier ist die Arbeitsruhe.

Wir fordern die sächsischen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hiermit auf, für strikte Durchführung des Beschlusses der Konferenz in Leipzig zu wirken.

### Für Erhaltung der demokratischen Republik für Verteidigung und Erweiterung der bisher errungenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte, gegen die Reaktion, für Fortschritt und Freiheit!

### Demonstriert am 9. November durch Arbeitsruhe!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Gewerkschaftsausschuss für Sachsen.

Die unterzeichneten Organisationen veranstalten am Mittwoch, dem 9. November, nachmittags 2 Uhr,

### 7 große öffentl. Versammlungen

Lokale werden noch bekanntgegeben.  
Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der 9. November und die Arbeiterklasse.

Redner stellen sämtliche unterzeichnete Organisationen.

Im Anschluß an die Versammlungen

### Demonstration auf dem Augustusplatz.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte! Sorgt dafür, daß diese Veranstaltungen zu einer wuchtigen Kundgebung werden.  
Gewerkschaftskartell Leipzig.  
Hauptvorstand Groß-Leipzig der USPD.  
Hauptvorstand Groß-Leipzig der SPD.  
Hauptvorstand Groß-Leipzig der KPD.

## U. S. P. D. und die Regierung Wirth.

Von Arthur Crispian.

Die deutsche Außenpolitik der Verständigung und der Wiedergutmachung ist zugleich eine innerpolitische Frage allerersten Ranges. Denn diese Politik bedingt innerpolitisch die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und die Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichende Heranziehung des Besizes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte. Das ist wiederum zu erreichen nach Ueberwindung der reaktionären Sabotage in Handel, Industrie, Großgrundbesitz, Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Postzeit. Die erste Regierung Wirth erlag dieser Sabotage, als sie ernsthaft daran gehen wollte, die innerpolitische Grundlage für ihre Außenpolitik zu schaffen.

Wie kam die erste Regierung Wirth zustande?  
Wie sind die Aussichten der zweiten Regierung Wirth?

Die Regierung Fehrenbach-Simons hatte durch ihre widerspruchsvolle Politik ernsthafter Anläufe, Halbheiten und Unaufrichtigkeiten Deutschland in eine verzweifelte Situation gebracht. Diese Politik führte zum Londoner Ultimatum. Nach diesem, ihrem größten „Erfolg“, ließ die Regierung Fehrenbach-Simons davon. Ein heilloses Durcheinander. Die kurze Frist, die Deutschland durch das Ultimatum gegeben war, wurde, unter Ausschaltung des Reichstags, durch endlose Bemühungen um das Zustandekommen einer neuen Regierung verdrängt. Die Rechtssozialisten wollten in die neu zu bildende Regierung nicht ohne das Zentrum eintreten. Das Zentrum wollte nicht ohne die Demokraten in die Regierung hinein. Die Demokraten forderten von vornherein die Heranziehung der Deutschen Volkspartei. Die Rechtssozialisten fragten bei den Unabhängigen Sozialdemokraten an, ob sie bereit wären, gemeinsam mit ihnen und dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Das geschah nur, um einen Druck auf die Demokraten und auf rechtsstehende Zentrumsleute auszuüben, die sich bemühten, die Deutsche Volkspartei unter allen Umständen in die Regierung hineinzubekommen. Wie wenig ernst es den Rechtssozialisten mit ihrer Anfrage an die Unabhängigen Sozialdemokraten war, geht daraus hervor, daß die rechtssozialistische Reichstagsfraktion, ohne erst die Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie abzuwarten, mit 56 gegen 20 Stimmen beschloß, mit dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Das Zentrum und die Demokraten waren von vornherein grundsätzlich gegen die Aufnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten in die Regierung. Für die Unabhängigen Sozialdemokraten antworteten das Zentralkomitee und die Reichstagsfraktion einstimmig und ohne Stimmenthaltung:

„Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie lehnen es ab, in eine Koalitionsregierung mit kapitalistischen Parteien einzutreten, sind dagegen zu einer Beteiligung an einem rein sozialistischem Kabinett unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen bereit. Ueber Hinzuziehung des USDB sowie der Ufa und auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen sind wir bereit zu beraten.“

In der letzten Stunde kam dann die erste Regierung Wirth mit Ach und Krach zustande. Die Unabhängigen Sozialdemokraten erklärten sich bereit, die Regierung Wirth streng sachlich nach ihren Taten zu beurteilen. Sie wollten dieser Regierung Gelegenheit geben, ihre Leistungen zu zeigen und durch Taten ihre Versprechungen einzulösen, insbesondere in den Bemühungen der Regierung, die aus der Annahme des Ultimatus erwachenden Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Die Unabhängigen Sozialdemokratie war sich aber keinen Augenblick darüber im klaren, daß auch die Regierung Wirth keine Regierung für die Arbeiterklasse sein konnte. Das ging deutlich hervor aus der Ablehnung des Stats am 6. Juni 1921 im Reichstag. Die Ablehnung des Stats wurde von dem Vertreter der unabhängigen Reichstagsfraktion mit folgender grundsätzlicher Erklärung begründet:

„Das Entscheidende aber ist für uns: auch die deutsche Republik ist ein kapitalistischer Klassenstaat, wenn auch unter einer neuen Firma, mit allen seinen Unterdrückungen, allen seinen Verfolgungen gegen jene Klasse, die als unterdrückt um ihre Befreiung ringt. Dieser Klassenstaat der Klassenkämpfe unvermeidlich macht, ist der Todfeind des Proletariats. Diesem System der kapitalistischen Klassenherrschaft bemissigen wir keine Mittel und deshalb werden wir den Stat ablehnen.“

Die erste Regierung Wirth ging nun an die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen. Sie bemühte sich, die verlangte Entwaflnung herbeizuführen. Die Entwaflnung der Reaktion in Deutschland konnte ebensowenig reiflos durchgeführt werden, wie die Auflösung der konterrevolutionären Verbände. Die Entwaflnung wurde zum guten Teil von den Orghelenten sabotiert durch Umgruppierungen, Reorganisationen und Neuverchiebungen von Waffen. Die Aburteilung der Kriegsverbrecher scheiterte an der Sabotage der reaktionären deutschen Justiz. Die erste Zahlung der Goldmilliarde rief die reaktionären Kapitalisten auf den Plan und die Devisenmanöver, die zu einem neuen steilen Sturz der deutschen Valuta führten, sind nicht zuletzt auch eine bewusste Sabotage der Politik der Wiedergutmachung durch die Schwerindustriellen und Finanzkapitalisten. Im Regierungsbüro selbst arbeiteten die Demokraten und die rechtsstehenden Zentrumsleute immer eifriger für die Aufnahme der Deutschen Volkspartei, d. h.